

Vom Mauerbau zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten

1961	Die Berliner Mauer wird am 13. August gebaut.
1963–1966	Ludwig Erhard (CDU) ist Bundeskanzler.
1963	Das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ soll die DDR aus der wirtschaftlichen Misere führen.
1965	Die Bundesrepublik nimmt diplomatische Beziehungen zu Israel auf.
1966–1969	Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger regiert die Bundesrepublik. In diese Zeit fallen die Protestaktionen der außerparlamentarischen Opposition (68er-Bewegung) und die Billigung der Notstandsgesetze (1968).
1969–1982	Sozial-liberale Koalitionsregierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt (seit 1974) stehen in der Regierungsverantwortung. Beginn einer „neuen Ostpolitik“, die nach der Überwindung der Berlin- und der Kuba-Krise zur Entspannung im Kalten Krieg beiträgt.
1970	Die BRD unterzeichnet den Moskauer (12. 8.) und den Warschauer Vertrag (7. 12.).
1971–1982	Nach dem Rücktritt Walter Ulbrichts (3. 5.) übt Erich Honecker als Generalsekretär der SED und (ab 1973) als Staatsratsvorsitzender die nahezu unumschränkte Macht in der DDR aus. Er verkündet auf dem VIII. Parteitag der SED die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik (Juli 1971).
1971	Im Viermächteabkommen (3. 9.) regeln die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges den Status von Westberlin.
1972	Der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR wird am 21. 12. unterzeichnet.
1973	Die Bundesrepublik und die DDR werden am 18. 9. in die UNO aufgenommen. Mit dem Prager Vertrag (11. 12.) unterzeichnet die BRD den letzten der sogenannten Ostverträge.
1975	Die Bundesrepublik und die DDR unterzeichnen am 1. 8. die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki.
1976	Der Liedermacher Wolf Biermann wird aus der DDR ausgebürgert. Als Reaktion darauf verlassen zahlreiche Schriftsteller und Künstler die DDR.
1977	In der Bundesrepublik erreicht der Terror der „Roten-Armee-Fraktion“ um Ulrike Meinhof, Andreas Baader und Gudrun Ensslin seinen Höhepunkt („Deutscher Herbst“).
1979	In der DDR wird das politische Strafrecht verschärft. Zwangsmaßnahmen gegen Regimekritiker wie Robert Havemann und Stefan Heym nehmen zu.
1980	Aus der Friedens- und Ökologiebewegung der Bundesrepublik geht die Partei der „Grünen“ hervor.
1982–1998	Helmut Schmidt muss nach einem konstruktiven Misstrauensvotum als Bundeskanzler zurücktreten (1982). Die christlich-liberale Koalition unter Helmut Kohl regiert die Bundesrepublik.
1983	„Die Grünen“ ziehen erstmals in den Bundestag ein.
1987	Die DDR erhält einen weiteren Milliardenkredit von der BRD. Erich Honecker reist auf Einladung Helmut Kohls im September in die BRD. Nach der Durchsuchung der Zionskirchengemeinde in Ostberlin werden Zwangsmaßnahmen gegen Menschenrechtsgruppen in der DDR verschärft.

1989	<p>Nach den Kommunalwahlen in der DDR (7.5.) kommt es erstmals zu Protesten gegen Wahlfälschungen.</p> <p>Tausende DDR-Bürger erzwingen durch die Flucht in die BRD-Botschaften in Warschau, Prag und Budapest ihre Ausreise in die BRD. Etwa 70 000 Menschen beteiligen sich an der Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig.</p> <p>Der zunehmende Massenprotest zwingt Honecker am 18.10. zum Rücktritt.</p> <p>Am 9. November wird die Berliner Mauer geöffnet.</p>
1990	<p>In der DDR findet die erste freie Volkskammerwahl (18.3.) statt.</p> <p>Das von der CDU initiierte Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ gewinnt die Wahl. Lothar de Maizière ist der erste frei gewählte Ministerpräsident der DDR.</p> <p>Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen bereiten auf internationaler Ebene die Vereinigung Deutschlands vor.</p> <p>Die DDR tritt am 3. Oktober nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik bei; der Freistaat Sachsen wird neu gegründet.</p> <p>Nach der ersten freien Landtagswahl am 14. Oktober wird Kurt Biedenkopf (CDU) Ministerpräsident von Sachsen.</p> <p>Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2.12. erreichen CDU/CSU und FDP eine klare Mehrheit, Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler.</p>
1991	Berlin wird Hauptstadt und Regierungssitz (Bundestagsbeschluss vom 20.6.).
1992	Die neue sächsische Verfassung tritt am 6. Juni in Kraft.
1994	Bis Ende August verlassen die letzten Soldaten der ehemaligen Sowjetunion Sachsen.
1995	Die Bundeswehr nimmt im Rahmen der NATO-IFOR-Truppen erstmals an einem Auslandseinsatz teil (Ex-Jugoslawien).
1998	Eine Koalition aus SPD und Bündnis 90/Grüne übernimmt die Regierungsverantwortung. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler (27.10.) und beendet damit die Ära Kohl.
2002	<p>Seit dem 1.1. gilt in der Bundesrepublik der Euro als Zahlungsmittel.</p> <p>Am 18.4. wählt der sächsische Landtag nach dem Rücktritt von Kurt Biedenkopf Georg Milbradt zum Ministerpräsidenten. Das Jahrhunderthochwasser richtet Mitte August in Sachsen enorme Schäden an.</p> <p>Nach einem knappen Wahlsieg können SPD und Grüne auf Bundesebene ihre Regierungskoalition fortsetzen. Gerhard Schröder bleibt Bundeskanzler.</p>
2005	Seit dem 22.11. ist Angela Merkel (CDU) Bundeskanzlerin einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD.